



PRESSEMITTEILUNG DER GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE 2/17

Wien, den 28. September 2017

Sperrfrist: Donnerstag, 28. September 2017, 11:00 Uhr MESZ

GEMEINSCHAFTSDIAGNOSE HERBST 2017



Das Institut für Höhere Studien ist als Partner des RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Essen, an der jeweils im Frühjahr und im Herbst im Auftrag des deutschen Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie erstellten Gemeinschaftsdiagnose der deutschen Wirtschaft beteiligt. Das Herbstgutachten 2017 wird am 28. September vorgelegt.

Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu

Der Aufschwung der deutschen Wirtschaft hat an Stärke und Breite gewonnen. Neben den Konsumausgaben tragen nun auch das Auslandsgeschäft und die Investitionen zur Expansion bei. Die sehr hohe konjunkturelle Dynamik in der ersten Hälfte des laufenden Jahres wird sich zwar etwas abschwächen. Gleichwohl nimmt die Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr stärker zu als die Produktionskapazitäten wachsen. Im Ergebnis steigt die gesamtwirtschaftliche Auslastung, und die Wirtschaftsleistung liegt über dem Produktionspotenzial. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in diesem Jahr um 1,9 Prozent und im nächsten Jahr um 2 Prozent zulegen (kalenderbereinigt 2,2 bzw. 2,1 Prozent). Die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück, die Quote sinkt auf 5,7 Prozent im Jahr 2017 und 5,5 Prozent im Jahr 2018 (nach 6,1 Prozent im Vorjahr). Allerdings wird sich der Beschäftigungsaufbau verlangsamen. Die Teuerungsrate steigt deutlich, da die Ölpreise nicht mehr zurückgehen; vermehrt macht sich auch der heimische Preisdruck bemerkbar. Die Inflation wird daher mit 1,7 Prozent in diesem und im nächsten Jahr merklich höher ausfallen als im vergangenen Jahr, als die Verbraucherpreise nur um 0,5 Prozent zulegten. Die öffentlichen Haushalte erzielen spürbare Überschüsse, die nicht nur konjunkturell bedingt sind. Sofern die nächste Bundesregierung die sich aus den strukturellen Budgetüberschüssen ergebenden Spielräume für Abgabensenkungen oder Mehrausgaben nutzt, wäre die Finanzpolitik nicht nur in diesem Jahr, sondern auch im weiteren Prognosezeitraum expansiv ausgerichtet, andernfalls würde sie ab dem kommenden Jahr in etwa neutral wirken.

Tabelle

Eckdaten der Prognose für Deutschland

	2014	2015	2016	2017	2018	2019
Reales Bruttoinlandsprodukt						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,9	1,7	1,9	1,9	2,0	1,8
Erwerbstätige im Inland in 1 000 Personen	42 672	43 069	43 638	44 285	44 768	45 155
Arbeitslose in 1 000 Personen	2 898	2 795	2 691	2 541	2 460	2 380
Arbeitslosenquote BA ¹ in %	6,7	6,4	6,1	5,7	5,5	5,2
Verbraucherpreise ²						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	0,9	0,2	0,5	1,7	1,7	1,8
Lohnstückkosten ³						
(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)	1,4	1,8	1,6	1,9	1,8	2,0
Finanzierungssaldo des Staates ⁴						
in Mrd. Euro	9,5	19,4	25,7	28,3	37,3	43,7
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	0,3	0,6	0,8	0,9	1,1	1,2
Leistungsbilanzsaldo						
in Milliarden Euro	218,0	260,0	262,4	254,5	267,4	278,6
in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts	7,4	8,5	8,3	7,8	7,9	7,9

¹ Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – ² Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – ³ Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – ⁴ In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010).

Quellen: Statistisches Bundesamt; Bundesagentur für Arbeit; Deutsche Bundesbank; 2017 bis 2019: Prognose der Institute.

Kurzfassung

Die **Weltwirtschaft** befindet sich mittlerweile in einem Aufschwung. In den USA, in Japan und im Euroraum steigt die Produktion deutlich schneller als im Trend, und die Normalauslastung der Produktionskapazitäten ist bald erreicht oder sogar bereits übertroffen. Die chinesische Wirtschaft ist infolge wirtschaftspolitischer Anregungen wieder in einer Phase kräftiger Expansion, deren Zenit aber mittlerweile überschritten sein dürfte. Der Aufschwung in diesen großen Volkswirtschaften hat zusammen mit dem Anstieg der Rohstoffpreise auch die Konjunktur in den Schwellenländern insgesamt angeregt.

Die Dynamik bei den **Verbraucherpreisen** ist gleichwohl nach wie vor gering. Nachdem die Inflationsraten von Herbst 2016 bis Frühjahr 2017 vor allem infolge wieder höherer Energiepreise deutlich zugenommen hatten, sanken sie in den vergangenen Monaten wieder. Bereinigt um die kurzfristigen Effekte von Energiepreisschwankungen ist die Inflation im Euroraum allerdings im Einklang mit der guten Konjunktur von 0,9 % zur Jahreswende auf 1,3 % im Sommer gestiegen, und auch in den USA und in Japan dürfte sich der aktuelle Aufschwung nach und nach in den Konsumentenpreisen niederschlagen.

Die **Geldpolitik** dürfte langsamer gestrafft werden als noch im Frühjahr erwartet. In den USA wird der nächste Zinsschritt wohl erst im Dezember erfolgen, und für die kommenden beiden Jahre rechnen die Institute nur noch mit wenigen weiteren Zinsschritten. Die EZB dürfte ihr Anleihekaufprogramm im Jahr 2018 allmählich auslaufen lassen – für die Prognose ist ein Zeitraum von neun Monaten unterstellt. Eine Anhebung des Leitzinses nehmen die Institute erst für den Verlauf des Jahres 2019 an, denn der Euro hat in den vergangenen Monaten merklich aufgewertet, und dies wirkt dem Bestreben der EZB, die Inflationsrate in die Nähe ihres Zielwertes zu bringen, zumindest kurzfristig entgegen.

Die **Finanzpolitik** ist im laufenden Jahr insgesamt etwas expansiver geworden. Dahinter steht der vielerorts größere finanzpolitische Spielraum, der durch die niedrigen Zinsen und die gute Konjunktur entsteht. Im Euroraum ist die Finanzpolitik wohl auch im nächsten Jahr leicht expansiv ausgerichtet. In den USA ergibt sich infolge der Hurrikan-Katastrophen eine Sonderbelastung der öffentlichen Haushalte. In China wird die Finanzpolitik hingegen wohl restriktiver: Die im vergangenen Jahr aufgelegten Fiskalprogramme für den Industriesektor werden voraussichtlich im Verlauf des Prognosezeitraums nach und nach reduziert werden.

Der globale Aufschwung dürfte sich im Prognosezeitraum fortsetzen, wenngleich der Zuwachs der **Weltproduktion** allmählich geringer werden dürfte. Für dieses und das nächste Jahr prognostizieren die Institute für den in diesem Gutachten berücksichtigten Länderkreis eine Expansionsrate von 3,1 Prozent; für 2019 werden 2,9 Prozent erwartet. Im Vergleich zum Frühjahrsgutachten haben die Institute ihre Prognose damit um 0,1 Prozentpunkt (2017) bzw. 0,2 Prozentpunkte (2018) angehoben.

Die Produktion im **Euroraum** steigt voraussichtlich über den gesamten Prognosezeitraum stärker als das Produktionspotenzial. Angesichts des konjunkturellen Rückenwindes und struktureller Verbesserungen ist nicht zu erwarten, dass von dem in dieser Prognose unterstellten langsamen Ausstieg aus der unkonventionellen Geldpolitik größere konjunkturelle Belastungen ausgehen. Dennoch ist in einigen Bereichen, etwa bei den Risiken in den Bankbilanzen, mancherorts nach wie vor erhöhte Wachsamkeit erforderlich.

Für die jüngste Beschleunigung des **Welthandels** ist wohl vor allem die konjunkturelle Belebung der Weltwirtschaft verantwortlich. Wichtige Faktoren, die darauf hinwirken, dass sich die Dynamik des internationalen Warenverkehrs in den vergangenen Jahren strukturell verlangsamt hat, bestehen hingegen fort. So rechnen die Institute damit, dass der Welthandel in den kommenden Jahren wieder mit etwas geringeren Raten von rund 3 ½ Prozent expandiert – nach einem Zuwachs von 4,2 Prozent im laufenden Jahr.

Zwar bestehen viele der in vergangenen Gemeinschaftsdiagnosen angesprochenen geopolitischen **Risiken** fort und mit der Zuspitzung des Nordkoreakonflikts ist ein weiteres hinzugekommen. Die wirtschaftspolitischen Risiken haben sich allerdings in den vergangenen Monaten deutlich verringert. Mittlerweile hat sich herauskristallisiert, dass die Politik in den USA wohl weit weniger drastische Änderungen vornehmen wird, als noch im Frühjahr für möglich gehalten worden war. In Europa haben Wahlniederlagen europakritischer Parteien in einigen EU-Ländern dazu geführt, dass die Wahrscheinlichkeit einer politischen Destabilisierung der Europäischen Union gesunken ist. Auch ist es wahrscheinlicher geworden, dass sich der Austritt Großbritanniens aus der EU ohne abrupte Brüche vollzieht.

Die Auftriebskräfte in der **deutschen Wirtschaft** sind stärker geworden. In der ersten Jahreshälfte beschleunigte sich das Expansionstempo deutlich – die Jahresrate betrug 2,5 Prozent. Die Kapazitätsauslastung ist damit weiter gestiegen, und die gesamtwirtschaftliche Produktion übersteigt das Produktionspotenzial. Impulse kamen von den Exporten, die in der ersten Jahreshälfte in beschleunigtem Tempo

anzogen. Aber auch die inländische Verwendung blieb eine treibende Kraft der Expansion. Die privaten und die staatlichen Investitionsausgaben nahmen kräftig zu. Die Bautätigkeit wurde weiterhin von niedrigen Zinsen und erhöhtem Bedarf an Wohnraum angeregt. Auch die Ausrüstungsinvestitionen expandierten kräftig; sie dürften zuletzt nicht mehr vorrangig von der guten Binnenkonjunktur stimuliert worden sein, sondern auch von dem anziehenden Auslandsgeschäft.

Da die Konjunktur bereits seit einiger Zeit kräftig aufwärts gerichtet ist, machen sich in einigen Segmenten der Wirtschaft erste Zeichen einer **Anspannung** bemerkbar. Am Arbeitsmarkt hat die Zahl der gemeldeten Stellen deutlich zugenommen, und es dauert immer länger, bis eine gemeldete Stelle besetzt werden kann. Insbesondere in der Baubranche geben mehr und mehr Unternehmen an, dass ein Mangel an Arbeitskräften ihre Produktion beeinträchtigt. In diesem Sektor steigen die Preise inzwischen recht kräftig. Auch die Erzeugerpreise (ohne Energieträger) sind im bisherigen Verlauf dieses Jahres merklich gestiegen, während sich die Teuerung auf der Verbraucherebene allenfalls moderat erhöht hat.

Für die zweite Hälfte dieses Jahres erwarten die Institute eine erneut kräftige gesamtwirtschaftliche Expansion, wobei das Tempo gegenüber dem ersten Halbjahr nur leicht nachgeben dürfte. Zwar deuten die Produktionsindizes eine etwas geringere Dynamik im laufenden Quartal an. Die Einschätzung der Geschäftslage laut ifo Konjunkturtest befindet sich aber trotz eines leichten Rückgangs im August immer noch nahe an ihrem historischen Höchstwert. Für eine Fortsetzung des Aufschwungs sprechen auch die hohen Auftragsbestände in der Bauwirtschaft und der bis zum aktuellen Rand anhaltende Beschäftigungsaufbau. Schließlich dürften die Exporte weiter mit recht hohen Raten zulegen. Alles in allem erwarten die Institute, dass das **Bruttoinlandsprodukt** im Jahr 2017 um 1,9 Prozent steigen wird; das 68-Prozent-Prognoseintervall reicht dabei von 1,7 bis 2,1 Prozent. Arbeitstäglich bereinigt ergibt sich für 2017 ein Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts um sogar 2,2 Prozent; das ist der höchste Wert seit 2010. Damit heben die Institute ihre Einschätzung vom Frühjahr für den Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts für das laufende Jahr um 0,4 Prozentpunkte an.

Im weiteren Prognosezeitraum dürfte sich der **Aufschwung** fortsetzen. Er steht mittlerweile auf deutlich breiterer Basis als noch vor einem Jahr. Auch die Investitionen tragen spürbar zur gesamtwirtschaftlichen Expansion bei, und es kommen weiterhin kräftige Impulse aus dem Ausland. Für das nächste und übernächste Jahr rechnen die Institute mit einem Anstieg des Bruttoinlandsprodukts um 2 Prozent bzw. 1,8 Prozent. Damit wird sich die gesamtwirtschaftliche Kapazitätsauslastung nicht entspannen. Die Produktionslücke steigt von derzeit 0,5 Prozent des Produktionspotenzials auf 0,8 Prozent im Jahr 2019.

Die **Investitionstätigkeit** kommt spürbar in Gang, auch wenn die Expansionsraten hinter den Werten früherer Hochkonjunkturen zurückbleiben. Da die Kapazitätsauslastung inzwischen hoch ist, dürften die Unternehmen mehr und mehr Erweiterungsinvestitionen vornehmen. Unterstützend wirken dabei die weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen, an denen sich im Prognosezeitraum wenig

ändern wird. Erst für den Verlauf des Jahres 2019 ist mit einem leichten Anziehen der Zinsen am Kapitalmarkt zu rechnen. Die Wohnungsbauinvestitionen dürften ebenfalls von den anhaltend niedrigen Zinsen profitieren. Zudem hat sich hier ein beträchtlicher Auftragsbestand aufgestaut, der erst nach und nach abgearbeitet wird. Im öffentlichen Bereich dürften inzwischen die für Investitionszwecke bereitgestellten Mittel verstärkt abgerufen werden, nachdem es zuvor zu Verzögerungen gekommen war. Dämpfend auf die Bautätigkeit dürfte allerdings zunehmend der Anstieg der Baukosten wirken.

Etwas abnehmen dürfte die Dynamik der **privaten Konsumnachfrage**, auch wenn sie im langfristigen Vergleich hoch bleibt. Dämpfend wirken hier zum einen die – sofern die Politik nicht gegensteuert – weiter zunehmende Abgabenbelastung, zum anderen die höhere Inflation. Die Bruttolöhne dürften hingegen mit nahezu unveränderten Raten zunehmen. Zwar verlangsamt sich der Beschäftigungsaufbau etwas, jedoch beschleunigt sich der Lohnanstieg aufgrund der in Teilen bereits erkennbaren und sich im Prognosezeitraum voraussichtlich verstärkenden Knappheiten am Arbeitsmarkt. Die Transfereinkommen dürften künftig weniger kräftig zulegen als in diesem Jahr, in dem die außergewöhnlich starke Rentenanhebung zur Jahresmitte 2016 nachwirkte. Alles in allem werden die verfügbaren Einkommen mit leicht abnehmendem Tempo zulegen.

Die **Exporte** werden von der kräftigen Weltkonjunktur, insbesondere vom sich fortsetzenden Aufschwung im Euroraum stimuliert; nur teilweise wird dies durch die zuletzt recht kräftige Aufwertung des Euro ausgeglichen, die die preisliche Wettbewerbsfähigkeit verringert und daher dämpfend wirkt. Insgesamt dürften die Ausfuhren leicht beschleunigt zunehmen. Dies und die zugleich kräftige heimische Absorption ziehen eine spürbare Ausweitung der Einfuhren nach sich.

Die Lage auf dem **Arbeitsmarkt** wird sich weiter verbessern. Die Zahl der Erwerbstätigen nimmt weiter zu, wenngleich im Zuge der etwas schwächer steigenden Produktion mit geringerem Tempo. Zudem dürfte aufgrund von Knappheiten in einigen Bereichen des Arbeitsmarktes das vorhandene Personal stärker ausgelastet werden, was sich zum Beispiel darin äußert, dass die Arbeitszeit je Erwerbstätigen nicht mehr sinkt. Die Zahl der Erwerbstätigen dürfte 2018 um 1,1 Prozent und 2019 um 0,9 Prozent zulegen, nach einem Plus von 1,5 Prozent in diesem Jahr.

Die registrierte **Arbeitslosigkeit** dürfte aber weiterhin in geringerem Maße zurückgehen, als die Beschäftigung steigt. Ursachen hierfür sind die zunehmende Erwerbsbeteiligung insbesondere von Frauen und Älteren und die sich fortsetzende Zuwanderung. Hinzu kommt, dass die in den vergangenen Jahren nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge nach Abschluss von Asylverfahren und Qualifizierungsmaßnahmen vermehrt dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosenquote wird voraussichtlich von 5,7 Prozent in diesem Jahr auf 5,5 Prozent im kommenden Jahr und 5,2 Prozent im Jahr 2019 sinken.

Der **Preisaufrtrieb** dürfte sich im Prognosezeitraum nur leicht beschleunigen. Vorerst wirken die jüngste Aufwertung des Euro und der bis in den Juli verzeichnete Rückgang

der Energiepreise nach. Im weiteren Verlauf werden jedoch die stärker steigenden Lohnkosten wohl nach und nach an die Verbraucher weitergereicht. Die Institute rechnen mit einem Anstieg der Verbraucherpreise um jeweils 1,7 Prozent im laufenden und im kommenden Jahr und um 1,8 Prozent im Jahr 2019.

Die **Finanzlage des Staates** wird sich im Prognosezeitraum weiter verbessern. Die staatlichen Einnahmen werden weiter sprudeln, da eine von der inländischen Verwendung getragene Expansion abgabenergiebig ist und umfangreichere Steuersenkungen hier nicht unterstellt sind. Die Staatsausgaben dürften – legt man die vorliegende Haushaltsplanung zugrunde – mit sich leicht abschwächenden Raten zunehmen. Für dieses Jahr zeichnet sich eine Zunahme des Budgetüberschusses des Staates von 26 Milliarden Euro auf 28 Milliarden Euro ab. Der Überschuss dürfte im Jahr 2018 auf 37 Milliarden Euro und im Jahr 2019 auf 44 Milliarden Euro zunehmen. Der Schuldenstand des Staates wird unter diesen Voraussetzungen kontinuierlich auf 59 Prozent in Relation zum Bruttoinlandsprodukt im Jahr 2019 sinken. Hierzu tragen neben der steigenden Wirtschaftsleistung auch die Budgetüberschüsse der Gebietskörperschaften und der Abbau der Verbindlichkeiten der staatlichen Abwicklungsanstalten bei.

Insgesamt stellen sich die **Risiken** für die Prognose etwas gemäßiger dar als noch im Frühjahr. Maßgeblich hierfür ist das stabiler erscheinende weltwirtschaftliche Umfeld. Schwer einzuschätzen sind nach wie vor die Wirkungen der nun bereits über einen sehr langen Zeitraum expansiv ausgerichteten Geldpolitik. So könnte die geldpolitische Stimulierung zu einem Aufbau systemischer Risiken führen. Aber auch bei einem schnellen Anstieg der kurzfristigen Zinsen könnten Banken, die langfristige Kredite zu niedrigen Zinsen vergeben haben, unter Anpassungsdruck geraten. Dies könnte die Expansion in Deutschland deutlich bremsen. Kräftiger als hier prognostiziert könnte die deutsche Wirtschaft expandieren, falls die neue Bundesregierung über die verfassungsrechtlich gebotene steuerliche Freistellung des Existenzminimums hinausgehende Abgabentlastungen beschließt, was in dieser Prognose nach Status quo nicht unterstellt ist. Bereits kurzfristig würde dies die Nachfrage stimulieren. Allerdings könnte sich auch angesichts der ohnehin gut ausgelasteten Kapazitäten der Preisanstieg spürbar verstärken.

Die **Wirtschaftspolitik** war in der zurückliegenden Legislaturperiode wenig wachstumsorientiert. Hervorzuheben ist aber, dass die Konsolidierungspolitik der vergangenen Jahre die Verschuldung der öffentlichen Hand in Relation zur Wirtschaftsleistung erfolgreich zurückgeführt hat, so dass sich Deutschland derzeit als starke Volkswirtschaft mit einem handlungsfähigen Staat darstellt.

Die sich für den Prognosezeitraum abzeichnenden strukturellen Budgetüberschüsse des Staates in Höhe von $\frac{3}{4}$ Prozent der Wirtschaftsleistung sollten genutzt werden, um die **ökonomischen Rahmenbedingungen** zu verbessern; für eine an kurzfristigen konjunkturellen Zielen ausgerichtete Politik besteht angesichts der ohnehin guten Kapazitätsauslastung derzeit kein Bedarf.

Aus Sicht der Institute ist der Einnahmenseite eine verstärkte Beachtung zu schenken. Angesichts der auch im internationalen Vergleich hohen Belastung der

Arbeitseinkommen mit Abgaben und der insbesondere stark gestiegenen Einnahmen aus direkten Steuern ist dabei der Verlauf des Einkommensteuertarifs in den Blick zu nehmen. Aber auch bei den Sozialabgaben, die gerade für Bezieher niedrigerer Einkommen von besonderer Bedeutung sind, bestehen Spielräume, insbesondere in der Arbeitslosenversicherung.

Korrekturen im Bereich der Sozialversicherungen sind auch angesichts der anstehenden **demografischen Herausforderungen** angezeigt. So dürfte sich insbesondere die Situation der gesetzlichen Rentenversicherung mittel- bis langfristig spürbar verschlechtern. Bislang hat sich der demografische Wandel noch nicht allzu deutlich bemerkbar gemacht, aber der Prozess der Alterung ist bereits im Gange. So durchläuft die deutsche Wirtschaft derzeit ein Zwischenhoch bei den Potenzialwachstumsraten, die im kommenden Jahrzehnt aus demografischen Gründen deutlich geringer ausfallen werden.

Der absehbaren Verlangsamung des Potenzialwachstums kann durch eine steigende **Erwerbsbeteiligung** – insbesondere von Frauen und Älteren – zum Teil begegnet werden. Zu begrüßen sind daher Maßnahmen wie die Einführung der Flexirente, denn sie verbessert die Hinzuverdienstmöglichkeiten für Rentner und dürfte so deren Erwerbsbeteiligung erhöhen, oder zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Auch eine erfolgreiche Integrationspolitik sowie eine an den Arbeitsmarkterfordernissen orientierte **Zuwanderungspolitik** können die Folgen des demografischen Wandels mildern. Insbesondere bei der Zuwanderung aus Nicht-EU-Staaten gibt es Reformbedarf.

Abgeschlossen in Kiel am 24. September 2017

Langfassung des Gutachtens

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose: Aufschwung weiter kräftig – Anspannungen nehmen zu, Herbst 2017. Kiel.

Die Langfassung des Gutachtens ist ab 28. September 2017, 11:00 Uhr unter www.gemeinschaftsdiagnose.de/category/gutachten/ abrufbar.

Der Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose gehören gegenwärtig folgende Wirtschaftsforschungsinstitute an:

Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin

www.diw.de

Pressekontakt Tel.: (030) 89789 152, E-Mail: presse@diw.de

in Kooperation mit:

Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

www.wifo.ac.at

Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung Halle e.V. (IWH)

www.iwh-halle.de

Pressekontakt Tel.: (0345) 7753 720, E-Mail: Stefanie.Mueller@iwh-halle.de

ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

www.ifo.de

Pressekontakt Tel.: (089) 9224 1218, E-Mail: Schultz@ifo.de

in Kooperation mit:

KOF Konjunkturforschungsstelle an der ETH Zürich

www.kof.ethz.ch

Institut für Weltwirtschaft (IfW), Kiel

www.ifw-kiel.de

Pressekontakt Tel.: (0431) 8814 411, E-Mail: mathias.rauck@ifw-kiel.de

RWI – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung e.V., Essen

www.rwi-essen.de

Pressekontakt Tel.: (0201) 81 49 213, E-Mail: sabine.weiler@rwi-essen.de

in Kooperation mit:

Institut für Höhere Studien Wien

www.ihs.ac.at

Kontakt-E-Mail: weyerstr@ihs.ac.at